

**PERSÖNLICH**

**Akustischste Fäkalien**



DAVID THOMMEN

So mancher Mensch hat von Natur aus die Tendenz, sich ge- scheiter und kultivierter zu fühlen als andere. Zum Beispiel als eingefleischte Fussballfans. Nicht ganz zu Unrecht, wie sich auf der Stehrampe beim FCB zeigt. Was dort an lauen Samstagabenden dumm herumgeschwafelt wird, sprengt mit schöner Regelmässigkeit die Grenze des Erträglichen. Ein Protokoll dessen, was an akustischem Müll an die Ohren des Matchbesuchers dringt: «Verdammt Niggerarsch.» Ein anderer: «Stell den Nigger raus» (nach einem Foul an einem Basler). «Du fette Sau musst halt rennen» (zum nicht ganz vollschlanken Linienrichter nach einem Offside-Fehlentscheid). Ein anderer: «Gopferdaminomol, steck dir die Fahne in den Arsch.» Von weiter hinten: «Du blindes Arschloch.» Dann fliegt ein voller Bierbecher, der den Mann an der Linie knapp verfehlt. «Der Neger geht raus» (nach der Auswechslung des Basler Neuzugangs Jean-Michel Tchouga, der in diesem Spiel alle vier Tore für Basel erzielte). Ein anderer: «Endlich der FCB ohne Nigger.» Weiter hinten ein Schwärmer, aber nicht weniger einfältig: «Tchouga, du bist ein Gott.» Etwas später: «Wir haben einen neuen Gott.»

All das geht 90 Minuten weiter so, wobei eine umfangreichere Aufzählung monoton würde. Das laute Vokabular beschränkt sich im Wesentlichen auf das, was entfernt mit dem Wort «Arsch» kombiniert werden kann (etwa «Affen-Arsch»), zudem wird vieles mit dem Wort «Saw» verknüpft (etwa «Sau-Siech»), aus den Vorstandslogen auch als «schwarze Saw» zum Schiedsrichter, und nie vergehen fünf Minuten, ohne dass es deftig rassistisch wird. Dazu weitere akustische Fäkalien: «Scheisse, Scheisse, Scheisse.» Selbst die Halbwüchsigen von nebenan mit ihren blau-roten Schals halten mit übelsten Schimpfworten nicht hinterm Berg – und sind damit nur wenig eifriger als ihr Vater.

Und meine Kinder? Sie sind verwundert, und mir dämmert schon, welche Ausdrücke ich ihnen in den nächsten Tagen wieder ausreden muss. Doch ab all den Grobheiten sind sie kleinlaut geworden. Nur der Kleinste meint beim Verlassen des Stadions: «Gell, Papa, der Tchouga ist ein Gott.» Ja. Und das nächste Spiel schauen wir uns am TV an. Da wirkt alles irgendwie gescheiter und kultivierter.

**Schaufenster beschädigt**

**LIESTAL.** In der Nacht auf Samstag sind in Liestal 20 Schaufensterscheiben massiv beschädigt worden. Die unbekannt Täter ritzen mit einem spitzen Gegenstand den Schriftzug «Free» in die Fenster ein. Der Sachschaden beläuft sich auf 100 000 Franken. Die Sachbeschädigungen betreffen laut Polizeiangaben hauptsächlich Verkaufsgeschäfte in der Rathausstrasse. Die Beschädigungen ereigneten sich zwischen Freitag 22.30 Uhr und Samstag 07.00 Uhr. Zudem wurden diverse Dolendeckel aus der Halterung entfernt und in den angrenzenden «Lüdi-Park» geworfen. Die Polizei hat einen Zeugenauftrag erlassen. (bz)

**Gesetze mit anderen Kantonen koordinieren?**

**LIESTAL.** Wenn der Kanton Basel- land Gesetze kreiert, soll er dies nicht ohne Blick auf die anderen Kantone der Nordwestschweiz tun: Dies forderte Landrat Dieter Völlmin (SVP Lausen) kürzlich mit einem Postulat, das immerhin bei 29 Landrätinnen und Landräten Unterstützung fand. Kon-

kret forderte Völlmin, es solle zur Koordination von Gesetzen ein Rechtssetzungs-Konkordat mit den Kantonen Basel-Stadt, Jura, Aargau, Solothurn und Bern geschaffen werden. Ausser beim Kanton Bern ist diese Idee allerdings auf wenig Begeisterung gestossen. Tenor in einer Umfrage, die

von der Baselbieter Regierung durchgeführt worden ist: Bereits jetzt bestünden genügend Möglichkeiten, die Gesetze aufeinander abzustimmen. Dieser Haltung schliesst sich nun auch die Baselbieter Regierung an und beantragt dem Landrat die Abschreibung von Völlmins Postulat. (bz)

**Schützen feiern**

**NUGLAR.** Die Schützengesellschaft Nuglar hat am Wochenende ihr 125-jähriges Bestehen gefeiert. Zu diesem Anlass haben die Ehrenmitglieder dem Verein gestern eine neue Standard überreicht. Im Rahmen der Jubiläums-Feier wurde den Besuchern eine Ausstellung mit alten und neuen Waffen präsentiert. (bz) **SEITE 17**

**Strom-Elefanten und Elektra-Mäuse**

**VOM STROMKARTELL ZUM KONZERNSTROM (I) / Nach 150 Jahren wird weltweit der Elektrizitätswirtschaft ihr bisheriges Monopol entzogen. Die Folgen sind auch in der Region Basel spürbar.**

VON MARC GUSEWSKI

**LIESTAL.** Frequenz und Spannung im Netz bleiben, Strombörsen lassen Preise neu entstehen, alte Firmen verschwinden: Von der grossen Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet, formiert sich der Elektrizitätsmarkt neu. Werden die Megawatt-Elefanten aus Frankreich und Deutschland die regionalen Elektra-Mäuse überrennen? Hochspannung herrscht zwischen Liesberg und Schwaderloch und von Schönenbuch bis «Ammel». Heute noch wirkt die Stromversorgung wie eine Lädeli-Landschaft. Vor 118 Jahren – zur Beleuchtung des Kantonalen Gessangs-fests in Gelterkinden – vermerkten die Baselbieter respektvoll die hoheitlich geregelte «Electricitaet» – demnächst offerieren «Axp» (ehemals NOK) und «Swiss Citypower AG» Produktabwechslungen...

**Bunter Strom – Politik abwartend**

Auch die Baselbieter Elektra-Genossenschaften bewegen sich, indem die Elektra Birseck-Münchenstein (EBM) «Rainbow Power» («Hol Dir den sauberen Strom ins Haus!») plakatiert und die Elektra Baselland (EBL) ein Holzfeuerchen nach dem anderen in Quartierwärmenetzen entzündet und für eine umweltfreundliche Energienutzung aus erneuerbaren Rohstoffen wirbt. Ob es ausreicht, um für Kunden im von Konkurrenz geprägten Umfeld attraktiv zu bleiben?

Vorerst eine bittere Pille ist, dass das Parlament – auf Begehren der öffentlich-kontrollierten Kraftwerks-wirtschaften – nach gegenwärtiger Planung die Haushalte und Kleinkunden in Olten, der «Aare-Tessin für Elektrizität» AG (Atel). Sie, die Atel, ist für die Fernstromversorgung des Baselbiets zuständig, das praktisch keine eigene Kraftwerks-Kapazitäten aufweist (vgl. Infobox).

Hingegen navigiert die Atel indirekt – via der Badener Motor-Columbus AG, die die Atel beherrscht – bereits im Bannstrahl des europäischen Primus, dem (Atom)-Stromriesen Electricité de France (EdF), auch wenn

menarbeit untereinander (eine Fusion ist kein Thema), und erhöhten gleichzeitig ihren Aktienanteil am grössten Schweizer «E»-Handelsunternehmen in Olten, der «Aare-Tessin für Elektrizität» AG (Atel). Sie, die Atel, ist für die Fernstromversorgung des Baselbiets zuständig, das praktisch keine eigene Kraftwerks-Kapazitäten aufweist (vgl. Infobox).

Ein Bild der Gegenwart ist für die Region schnell gezeichnet. Mit wenigen Federstrichen wurden in diesem Jahr hundertjährige Strukturen über den Haufen geworfen: Seit dem 11. Februar 2000 herrscht inoffiziell Wettbewerb. Speziell die Baselbieter Elektra-Genossenschaften geraten dabei unter Druck, da sie keiner Gross-Allianz von Endkundenversorgern angehören. Die Industriellen Werke Basel (IWB), die offensiv mit Gas-Energieanlagen Baselbieter Kunden ködern, gründeten dagegen mit 15 weiteren Stadtwerken in Luzern ihre Vertriebsgesellschaft: Die «Swiss Citypower AG», neu der grösste Schweizer Endkundenversorger. Darüber hinaus verband sich die «Swiss Citypower» mit einem der weltgrössten Energiekonzerne, der texanischen «Enron AG», die in Europa nach eigenen Angaben bereits 2000 Mitarbeiter beschäftigt.

**Baselland – Hand in Hand mit französischen Giganten?** Gegen «Axp» und «Swiss Citypower» wirken die Endkundengeschäfte der Baselbieter Elektra-Genossenschaften Birseck-Münchenstein (EBM) und Baselland (EBL) winzig. Diese suchten bisher eine engere Zusam-



**EIGENER STROM.** Teils altherwürdige, aber renovierte Generatoren im Rheinkraftwerk Augst (KWA) generieren Elektrizität fürs Baselbieter Netz – das zur Hauptsache aus Gösigen Strom bezieht. Bild: Theo Zeier, Technischer Geschäftsleiter der KWA, vor einem historischen Generator mit Jahrgang 1916. FOTO DÜRRENBARGER

dies offiziell dementiert wird. Atels Rolle im Schweizer Endkundenmarkt gilt als offen, ebenso wie im Europäischen Markt, wo die Oltener als Schweizer «EdF»-Aussenposten wahrgenommen wird. Die Bernischen Kraftwerke AG (Laufental) verharren zunächst an Ort, so macht es jedenfalls den Anschein.

**Konkurrenz belebt «Schweizerhalle»** Rechtsrheinisch – mit Blick auf das «heisse» Stromgeschäft in Schweizerhalle, um das die Elektra Birseck fürchten muss – übt die in Karlsruhe

ansässige «Energie Baden-Württemberg AG» (EnBW) die Hoheit aus. Sie wurde 1999 zu einem Viertel vom Bundesland Baden-Württemberg an die EdF verkauft. Die EnBW stehen im Begriff, die, mit dem Stromverkauf der Elektras verglichen, doppelt so grossen Kraftwerke Laufenburg (KWL) / Kraftübertragungswerke Rheinfelden (KWR) aus Schweizer Besitz (Watt-Gruppe) aufzukaufen. Die kleineren deutschen, oberrheinischen Stadtwerke sondieren eine Zusammenarbeit als «Lohengrin»-Verbund; die hochrheinischen ein «Südelektra»-Netz.

Deutsche wie französische Nachbarn könnten theoretisch demnächst in der Nordwestschweiz Strom anbieten. Es sei denn, die EdF als grösste kontrollierende Kraft im Dreiland, ausser in Basel, lässt die Situation – garantiert gewinnbringend für die bisherigen Gebietsversorger – so, wie sie heute ist, und begnügt sich mit ein wenig «Konkurrenzkosmetik». Dies wäre allerdings ein harter Schlag für das neue Wettbewerbsprinzip.

Ferner ist seit dem 1.1.2000 der jahrzehntealte, legendäre europäische «Stromstern Laufenburg» nur noch Geschichte, praktisch unbemerkt von der Öffentlichkeit. Die Deutschschweizer Eigentümer der Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg (EGL bzw. Watt AG) entkoppelten die Verbundnetz-Regulierung (die hier für Südeuropa stattfindet) vom gewohnten Stromgeschäft der Watt AG, deren Schicksal damit Anfang Jahr besiegelt wurde.

**Stolz der «elektrischen Schweiz» ist verloren gegangen**

Die Drehscheiben-Funktion der Schweiz für die Stromversorgung in Europa – einst der Stolz der «elektrischen Schweiz» – ist damit massiv relativiert und wird weitgehend neutralisiert durch die neuen Strombörsen in Amsterdam, London, Leipzig, Frankfurt und andernorts.

Das zeigt: die Tendenz geht zu Millionenmärkten. Conrad Ammann, ehemaliger Vize-Direktor der Elektra Birseck-Münchenstein (EBM) und heute Chef der Stadtzürcher Elektrizitätswerke (EWZ), sagte im Juni an einer Tagung: «Die Unternehmen mit mehr als einer Million Kunden und die ganz kleinen werden überleben.» Zu den nicht mehr ganz Kleinen zählt Ammann die Baselbieter Elektras EBL und EBM – ihnen fehlen zur vollen Million jedoch mindestens 860 000 Kunden...

**Baselland ist zur Hauptsache mit Fernstrom versorgt**

Alleine die Rheinkraftwerke Augst und Birsfelden produzieren so viel, wie die Elektra Baselland (EBL) ungefähr jährlich benötigt, um den Elektrizitätsbedarf des Oberbaselbiets zu befriedigen. Der Rheinstrom indes gehört den Aktionären der beiden Kraftwerke, dies sind der Kanton Baselland, der Aargau, Basel-Stadt, der AEW Energie AG sowie der EBL und der Elektra Birseck-Münchenstein (EBM). Jeder bezieht sein Quäntchen. Darüber hinaus versorgen einige grössere «kleinere» Wasserkraftwerke die Region (z.B. Dornach-Brugg). Und auch der sogenannte «Werkstattstrom» hat seinen Glanz. Seine Dimensionen messen 0,001 bis zu ein paar Megawatt. Es handelt sich um Strom aus Blockheizkraftwerken, Solarstromanlagen, Brennstoffzellen (in Birsfelden, demnächst auch Münchenstein), einem Windkraftwerk (Sol, Langenbruck), Stirling-Motoren

oder um Biogas-Anlagen. Andernorts funktionieren auch Holzkräftenanlagen – in Ormalingen geriets anfänglich bekanntlich zum Fiasko... Wenn der Elektrizitätsbedarf massiv geringer wäre, wie dies energiepolitische Elektrizitäts-Effizienzprogramme (wie «Energie 2000») und Verzichte auf Elektro-Heizungen gebieten, könnte der Strom, der in «Werkstätten» produziert werden kann, eine grössere Rolle spielen. Doch die Realität ist eine andere. Und der Kanton Baselland wird auch in Zukunft «Stromimporteure» bleiben: Die Pläne für ein Prattler Kohlekraftwerk wurden vor fünfzehn Jahren im Ideenstadium verworfen und das Kraftwerk Birsfelden verschenkt sein Expansionsareal am Birskopf der Gemeinde, wo einst ein Gaskraftwerk gedanklich platziert wurde. Einstweilen beherrschen deshalb die Schweizer Überland-Kraftzentralen das Bild:

die Speicherkraftwerke in den Alpen sowie die schweizerischen Atomkraftwerke der 600 bis 1000 Megawatt-Kategorie. Während die Stadt Basel ihre Stromversorgung aus zahlreichen «Partnerkraftwerken» in den Alpen beziehen (also aus mitfinanzierten Produktionsstätten), wird Baselland im wesentlichen mit Strom der Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel) in Olten versorgt, der von den Elektra-Genossenschaften weiterverteilt wird. Das Baselbiet (und Basel) hängen (vereinfacht gesagt) am 220-Kilovolt Verbundnetz der Atel mit den Unterwerken: Gösigen-Ormalingen-Frolo (Therwil)-Lachmatt (Pratteln)-Laufenburg-Gösigen. Rein rechnerisch reicht ein knappes Drittel der Kernkraftwerk Gösigen AG, um die maximale Baselbieter Stromnachfrage (in der Regel ein besonders stromintensiver Wintertag) Leistungsmässig zu befriedigen. (gus)

GEMEINDE-KÖPFE



**JOHN DIEHL**  
Gemeinde-  
präsident  
von Blauen

**Kundennahe  
Verwaltung**

**BLAUEN.** Verwaltung auf Kundennahe trimmen Blauen. Seit 1995 wacht John Diehl über die Geschicke im höchstgelegenen Dorf im Laufental. Kein Wunder also, hat der erfahrene Politiker klare Vorstellungen davon, wie eine Gemeinde funktionieren sollte. «Effizienz und Kundennahe sind auch in öffentlichen Verwaltungen von zentraler Bedeutung», sagt Diehl, der als Leiter des Regionalen Arbeitsvermittlungszentrums (RAV) in Laufen täglich in engem Kontakt mit der Privatwirtschaft steht.

Obwohl Vergleiche mit Dienstleistungsbetrieben auf der Hand liegen, so sind sie in erster Linie auf die Gemeindeangestellten und weniger auf die ehrenamtlich tätigen Gemeinderäte und Kommissionsmitglieder anwendbar. «Ein wesentlicher Unterschied zur Privatwirtschaft besteht darin, dass ein Gemeinderat trotz hoher Verantwortung und allerlei zusätzlicher Verpflichtungen nicht angemessen entlohnt wird», erklärt Diehl.

Trotz fehlender finanzieller Anreize ist der Blauner «Preesi» ein glühender Verfechter des «Milizsystems»: Dieses zwingt die Gemeinde zur Eigenverantwortung und fordere die Einwohner dazu auf, sich in den Dienst der Gemeinschaft zu stellen. «Das Amt eines Gemeinderates oder eines Präsidenten muss als Hobby und aus Leidenschaft betrieben werden», so die dezidierte Meinung des geborenen Schwarzbuben, der sich seit seinem Zuzug nach Blauen im Jahre 1975 mit seiner Frau unermüdlich für sein «geliebtes Dörflein» einsetzt hat.

Schliesslich könne man an einer solchen Aufgabe auch wachsen und von vielen neuen Kenntnissen und Kontakten profitieren. «Aus Prestige-gründen sollte jedenfalls niemand ein ehrenamtliches Amt übernehmen», rät der frühere Schulpflegepräsident allen Interessenten. Eher sei es der Dank aus der Bevölkerung, aus dem man neue Motivation schöpfen könne: «Ein Gemeindepräsidium ist heutzutage ein ungemeiner Abreibungskampf – abschalten kannst Du praktisch nie», weiss Diehl aus Erfahrung.

Soll nicht jeder Arbeitstag bis um Mitternacht dauern, müsse man deshalb lernen, auch einmal «nein» zu sagen. Schliesslich habe auch der Gemeindepräsident Anrecht auf ein Familienleben, so der Vater zweier erwachsener Töchter und begeisterte Theaterschauspieler weiter. Mitschuldig an der stetigen Belastungszunahme ist laut Diehl der Kanton, der in den letzten Jahren viele Aufgaben «nach unten» delegiert habe. Zum Glück habe er aber eine Gemeindeverwaltung hinter sich, die reibungslos funktioniert, ist der «Preesi» voll des Lobes für seine Angestellten.

Schwerpunkte in der gegenwärtigen Arbeit des Gemeinderates sieht Diehl in der Erstellung eines Generalen Entwässerungsplanes (GEP) – eine Aufgabe, die gegenwärtig auch andere Laufentaler Gemeinden auf Trab hält. Zudem seien die Verwaltung wie das Schulhaus mit grossen Platzproblemen konfrontiert, die vorzugsweise mit einem Gesamtkonzept «Öffentliche Bauten» an die Hand genommen werden sollen. Zurückhaltend äussert sich Diehl zum Thema Golfplatz – ein heisses Eisen in der 650-Seelen-Gemeinde: «Klar ist, dass sich der Gemeinderat in den nächsten Monaten zu diesem schwierigen Geschäft äussern muss.» Dabei wünsche er sich eine von Emotionen befreite, sachliche Debatte. (haj)

Morgen in der bz: Franz Jermann, Gemeindepräsident von Dittingen.

**Verzögerung**

**WALDENBURG.** Die Wiederaufnahme des Bahnbetriebs der Waldenburgerbahn zwischen Liestal und Waldenburg wird um zwei Tage verzögert. Bis 6. August müssen Passagiere weiterhin mit dem Bus Vorlieb nehmen. Die Arbeiten hätten sich vor allem wegen des schlechten Wetters und der Tour de France verzögert. (sda/bz)

**Verwaltung am Boden**

**REINACH.** Gähnende Leere an der Hauptstrasse 16 und 18 in Reinach: Die Gemeindeverwaltung ist dem Erdboden gleichgemacht. Mit dem Abbruch der Liegenschaften sind auch die Parkplätze rund um das ehemalige «Türmchenhaus» verloren gegangen. Für provisorischen Ersatz ist an der

Wielandstrasse Nord gesorgt. Ebenso deplaziert werden musste der Glascontainer, der bisher direkt neben der Liegenschaft gestanden hat. Mit dem Aushub dürfte in den nächsten Tagen begonnen werden. Für die Lärm- und Schmutzmissionen möchte die Gemeinde um Verständnis bitten. (bz)



**Überleben 300–500 oder nur 30–50?**

**VOM STROMKARTELL ZUM KONZERNSTROM (II) / Wie entscheidend wird die Grösse der Stromanbieter im liberalisierten neuen Markt sein? Die Baselbieter Elektras sind klein – und dennoch optimistisch.**

VON MARC GUSEWSKI

**LIESTAL.** Den beiden Baselbieter Stromversorgern Elektra Birseck-Münchenstein (EBM) und der Elektra Baselland (EBL) fehlen 860 000 Kunden zur Millionengrenze – fehlt ihnen damit die Masse zum Überleben?

Conrad Ammann, ehemaliger Vizedirektor der EBM und heute Direktor des Elektrizitätswerkes der Stadt Zürich, sagte an einer Tagung der Unternehmensberater «Ernst & Young» im Juni: «Die Gesellschaften brauchen Grösse, um ihren Kunden kostengünstig Strom zu verkaufen.» Ammann nannte die Zahl von einer Million Kunden.

«Grösse», so erklärt Eduard Schumacher, Direktor der Industriellen Werke Basel (IWB) gerne, «braucht es, um einen vernünftigen Service zu leisten und bei den Kunden im Bewusstsein zu bleiben.» Schumacher bedauert deshalb, dass die Stadt und die Landschaft unterschiedliche Wege gehen: Die IWB entwickeln sich zum Netzdienstleister im Rahmen der «Swiss Citypower AG» – dagegen bekräftigen Klaus-Peter Schäffer (EBL) und Hans Büttiker (EBM) ihre klassische Rolle als «Elektrizitätswerk» und distanzieren sich von der «Citypower».

In der Fachsprache: Die Städter sehen sich als «horizontal» integriert (auf eine Ebene konzentriert), die Landschaftler dagegen als «vertikal» verankert (als Werk mit Erzeugung, Übertragung und Verteilung). Dies ist vielleicht das gegenwärtig wichtigste Merkmal der Nordwestschweizer Versorgungslage. Bemerkenswert: Immerhin wird den «Horizontalen» mehr Perspektive als «vertikal» Integrierten eingeräumt. Sie erscheinen als manövriertfähiger.

**Watt- und Volt-Konfektionsgrössen**

«Wer sagt denn, dass die Dimension so entscheidend ist?», antwortet Klaus-Peter Schäffer auf die Gröszenfrage: «Darüber ist das letzte Wort nicht gesprochen», erklärte er Ende Juni. Die Watt- und Volt-Konfektionsgrösse spielt mehr noch für die grösste der kleinsten Baselbieter Elektras eine Rolle: die Sissacher (neben Itingen, Augst, Maisprach, Reigoldswil). Ihnen spricht der drastische Ammann paradoxerweise Trost zu: «Die Kleinsten haben gute Überlebenschancen. Sie erledigen vieles direkt und mit geringstem Aufwand.»

Heinz Thommen, regulär demissionierter Präsident in Sissach, gibt sich gegenüber der bz siegesgewiss: «Warum sollen wir es nicht schaffen können? Wenn ich unsere Zahlen mit denen anderer vergleiche, habe ich keine Zweifel.»

**Elektra Titterten als erstes Strommarkt-Opfer**

Sicherlich ist die Baselbieter Elektra Titterten eines der ersten Strommarktopfer der Schweiz gewesen. Als man das Netz im vergangenen Jahr an die Elektra Baselland verkaufte, sagte Präsident Paul Schweizer: «Besser jetzt verkaufen, als wenn die Angebote den Markt überschwemmen.»

Die Augster Ortsversorger betonen dagegen ihren Selbstbehauptungswillen mit einer Portion Stolz – wie Reigoldswil und Maisprach. In Itingen, so macht es wenigstens den Anschein, dürfte die Elektra absehbar mit ihren Industriekunden Probleme bekommen.

Was bleibt, ist grossflächige Ratlosigkeit im elektrischen Kraftfeld. Der EBM-Verwaltungsratspräsident, Rainer Schaub, weiss immerhin eines



**ZURÜCKHALTUNG.** Trotz Eigenstrom-Erzeugung und Kraftwerksanteilen hält sich der Kanton Baselland aus der Elektrizitätsmarktdiskussion heraus. Im Bild: Blockheizkraftwerk des kantonalen Fernheizkraftwerks Liestal (Amt für Industrielle Betriebe). FOTO DÜRRENBERGER

(obwohl es Fragen über die künftige Form der Elektras offenlässt): «Wir werden diese Branche in einigen Jahren nicht mehr wiedererkennen.»

Man spricht von «Skalenvorteilen» beim Strom, dem neuen entmonopolisierten Massenmarkt – es sind die gleichen Kräfte, die auch die Ölkonzerne nach immer grösseren Marktanteilen greifen lassen. Beobachter gehen beim Strom von einer ähnlichen Entwicklung aus. So gesehen entstehen die Kolosse, aber auch lukrative Nischenmärkte; zum Beispiel für «Grünen Strom» – darauf hofft etwa die Baselbieter «Adev Energiegenossenschaft» (Liestal), die als eine der ersten «Strompiraten» auf sich aufmerksam machen konnte.

**Solidarisch die beste Lösung fürs Baselbiet suchen**

Funkstille herrscht beim Kanton, der über Kraftwerksanteile verfügt und selbst ein grosser Stromkunde und Eigenstromerzeuger ist. Tatsache ist, landauf-landab gehen die Wetten: wer überlebt? 300 bis 500 heisst es, oder auch nur 30 bis 50? Es wird Verteiler, Erzeuger, Makler, Bündler (sie «bündeln» beispielsweise den Strombedarf von Liegenschaftsverwaltungen, um günstigeren Strom zu erhalten) geben.

«Man hat uns das Monopol geraubt. Wie wir zurecht kommen, müssen wir sehen. Die Finanzen der Konzerne haben wir nicht», erkannte Reinhold Tschopp, Waldenburg, turnusmässig Präsident der EBL, an der Delegiertenversammlung im Juni in Pratteln: «Wir werden uns auf unsere Genossenschaftstradition konzentrieren und solidarisch die beste Lösung fürs Baselbiet suchen.»

Früh kündigten sich die Treibkräfte für Grösse an. Am 10. Juni 1994 forderte Regierungsrat Eduard Belser die Elektra-Elektrizitätsversorger auf, auf Autonomie-Kurs zu gehen: «Geht die ATEL in ausländische Hände, dann

sollte die Nordwestschweiz Kooperationen eingehen und sich auf Selbstständigkeit ausrichten.» EBL-Direktor Klaus-Peter Schäffer versprach: «Wir werden die Situation im Auge behalten.»

**Die Mitaktionärin UBS hat das letzte Wort**

Heute sind die Elektras mit mehr Kapital denn je an der «Aare-Tessin AG für Elektrizität» (Atel) beteiligt (siehe bz vom Montag), obwohl die «Atel» als Filiale des europäischen Stromriesen Electricité de France (EdF) wahrgenommen wird. Heute hoffen die Baselbieter, dass die Schweizer Anteilseigner ihre knappe Mehrheit am Atel-Aktienkapital behalten können.

Doch das letzte Wort hat die Mitaktionärin UBS, deren Eigentümerstrategie als nebulös gilt. Frustriert äussern sich Beteiligte: «Der Vertreter der UBS im Verwaltungsrat der Atel tappt wahrscheinlich selbst im Dunkeln, über das, was seine Chefs vorhaben.»

Die Atel-Eigentümerschaft spielt eine Rolle, denn der Punkt ist der: Die Elektras legen viel Hoffnung in einen wie auch immer gearteten kraftvollen Zukunftsverbund mit der «Atel» in Olten – über Genaueres wird geschwiegen. Was, wenn die Strategie ihr Ziel verfehlt?

Das Ausland sorgt ohnehin für Schubkraft zu XXL-Stromkonfektionsgrössen, ohne schweizerische, gesetzgeberische Eigenheiten abzuwarten. Rainer Schaub hat folgende Anekdote zum Thema Euro-Strommarkt parat, nimmt einen tiefen Zug aus seiner Pfeife und sagt: «Die grossen Werke haben sich in letzter Zeit vorgenommen, im neuen Markt um zehn Prozent zu wachsen. Ja, wenn die EdF um zehn Prozent wächst, nimmt sie die ganze Schweiz mit.»

In der bz-Serie bisher erschienen: «Strom-Elefanten und Elektra-Mäuse» (bz vom 31. Juli).

**Der Stromsparer vom Dienst**

Während es sich beim Strommarkt um Grösse, Absätze und Expansionskriterien dreht, wirkt in Muttenz seit 1982 ein Kraftwerk ganz anderer Art, geerdet und blitzgescheit. Kein Mensch hat seither je seine Leistungen beschrieben, seine Sauberkeit, seine Erfolgsbilanz – und man kann nur von Erfolgsbilanz reden: Werner Traber gründete an der damaligen Ingenieurschule beider Basel das Nachdiplomstudium Energie (heute: Institut für Energie). Jahr für Jahr schleusten Traber und sein Team Absolventen durch, die an entscheidenden Stellen in Gemeinden und Wirtschaft sitzen.

Ein bisschen schrauben hier, ein bisschen schrauben dort – schon ist

zusätzliche Energie gewonnen. Ein bisschen vorausdenken hier, ein bisschen vorausdenken dort: Die Basler Chemie macht mit verhältnismässig weniger Kilowattstunden mehr als vor zwanzig Jahren. Traber begann zu einer Zeit für seine Sache zu werben, als Energiekonzepte und bessere Wirkungsgrade als wirtschaftsfeindlich, als staatliche Einmischung und als planwirtschaftlich gebrandmarkt wurden. Dagegen scheint der intelligente Umgang mit Energie im 21. Jahrhundert salonfähig geworden zu sein, mindestens wird es bei der Wirtschaft vorausgesetzt, während die Privathaushalte mehr machen könnten. (gus)

GEMEINDE-KÖPFE



**FRANZ JERMANN**  
Gemeindepräsident  
von Dittingen

«Schachlete»  
erschliessen

**DITTINGEN.** Offiziell als Gemeindepräsident waltet Franz Jermann seit dem ersten Juli. Und doch steckt der neue Dittinger «Preesi» nicht erst in der Einarbeitungsphase, sondern bereits mitten in den Tagesgeschäften. Nach der Demission des langjährigen Gemeindepräsidenten und damaligen Landratspräsidenten Walter Jermann im September 1999 führte während einiger Monate zuerst Gemeindevize Jonas Aspiron die Geschäfte. Franz Jermann übernahm kurz nach den Gemeinderatswahlen Anfang März das Vizepräsidium – wenige Monate nach seinem Rücktritt aus dem Burgerrat, dem er 23 Jahre lang angehört hatte.

Obwohl er das «Preesi»-Amt nicht gesucht hat und sich erst von Bekannten dazu überreden lassen musste, macht Jermann die Arbeit für die Gemeinde sichtlich Spass. Und die Arbeit scheint in nächster Zeit kaum auszugehen. In Dittingen sind die Behörden gegenwärtig unter anderem mit dem Generellen Entwässerungsplan (GEP) beschäftigt; er wird voraussichtlich im nächsten Jahr «versammlungsreif» sein.

Bereits genehmigt hat der Souverän den Teilzonenplan «Schachental», der gegenwärtig in Liestal zur endgültigen Genehmigung durch den Regierungsrat liegt. Mit dem Plan erhält die «Schachlete», wie das traditionsreiche Steinbruchgebiet an der Grenze zu Laufen im Volksmund heisst, endlich einen legalen Status als Gewerbezone und wird somit «ausbaufähig».

Die Gemeinde hofft,  
dass sich Gewerbe ansiedelt

Dittingen wollte ursprünglich einen weitaus grösseren Teil als die nun im Plan festgelegten rund 62 000 Quadratmeter für das Gewerbe ausscheiden. Kanton und Naturschutz-Kreise pochten dagegen darauf, rund die Hälfte der ganzen Fläche im unteren Teil des Tals bei Pfadihütte und Schiessstand – nämlich 73 000 Quadratmeter – als Schutzgebiet der Natur zu überlassen.

Die «Schachlete» könne es punkto Grösse mit den Gewerbebezonen in Zwingen und Laufen nicht aufnehmen und sei bezüglich Verwendungszweck eingeschränkt, räumt Jermann ein. Wegen der relativ günstigen Bodenpreise hofft der gelernte Kaufmann auf einige Kleinbetriebe, die Dittingen neue Steuereinnahmen bringen. Interessenten hätten bereits bei ihm angeklopft. Doch werde die Gemeinde die geschätzten 1 bis 1,2 Millionen Franken zur Erschliessung des Tals nur dann aufbringen, wenn konkrete Angebote vorliegen würden, stellt Jermann klar.

«Wir leben in einer  
kleinen, heilen Welt»

Für neue Einfamilienhäuser fehlen die Baulandreserven. «Wir haben kaum noch grössere Gebiete, die sich problemlos einzonen lassen», erklärt der 57-Jährige. Zudem glaube er nicht, dass die Dittinger ein starkes Bevölkerungswachstum überhaupt wünschen würden. «Wir leben hier in einer kleinen, heilen Welt. Mit der Grösse nehmen doch nur die Probleme zu», argumentiert Jermann, der mehrere Jahre in Kanada, Frankfurt und München gelebt und gearbeitet hat.

Wachstum hin oder her: Franz Jermann will bei passender Gelegenheit in dieser Legislaturperiode die Steuern senken: Diese seien in Dittingen mit 65 Prozent einfach zu hoch und sollten deshalb auf den Laufentaler Durchschnitt von 63 Prozent heruntersetzt werden. (haj)

Deponie «Hinterm Chestel» wird grösser

**LIESBERG.** Das Fassungsvermögen der Deponie «Hinterm Chestel» in Liesberg soll um rund 33 000 Kubikmeter ausgebaut werden. Vorab ästhetische Gründe werden bei der verantwortlichen Kehrrechtbeseitigung Laufental-Schwarzbubenland AG (Kelsag) geltend gemacht. Die Erhöhung des

Deponievolumens macht bei einem Gesamtvolumen von bisher rund 600 000 Kubikmetern nur rund fünf Prozent aus, wie ein Kelsag-Sprecher auf Anfrage sagte. Mit dem zusätzlichen Volumen könne man eine Abbruchkante der ehemaligen Lehmgrube beim Abschluss besser kaschieren.

Der Ausbau, dessen Baugesuch im Amtsblatt publiziert wurde, betreffe nur die erste und zweite «Etappe» der vierteiligen Deponie. In der vierten «Etappe» wird Schlacke der neuen Basler Kehrrechtverbrennungsanlage endgelagert. Man rechnet damit, dass die Deponie in zehn Jahren voll ist. (sda)

Beratung ausbauen

**REIGOLDSWIL.** Der Gemeinderat von Reigoldswil möchte das Beratungsangebot der Mütter- und Väterberatung Reigoldswil und Umgebung ausbauen. Statt monatlich soll neu alle 14 Tage eine Sprechstunde angeboten werden. Als Begründung nennt der Gemeinderat die Zunahme der Geburtenzahlen in den vergangenen Monaten. (bz)

Volt Ihr nur Watt oder Qualität?

VOM STROMKARTELL ZUM KONZERNSTROM (III) / Seit «Kaiseraugst» ist in der Region das Bewusstsein für die Qualität von Strom gewachsen. Mit der Liberalisierung des Marktes droht nun das «Öko-Dumping».

VON MARC GUSEWSKI

**LIESTAL.** Die «Electricité de France» (EdF) ist mit ihrem Atomstrom das Drogengespenst der «Elektraniken» und Grünkräftler – doch was sind die Kriterien für «sauberen» Strom?

Liestal, 5. April, Alters- und Pflegeheim Frenkenbündten, Sitzungsraum. Anwesend: zwei Journalisten, zwei charmante Mitarbeiterinnen der Elektra Baselland (EBL), Stadtrat Heiner Karer, EBL-Vizedirektor Peter Schafroth, Werner Rutishauser sowie Heimleiter Ruedi Eggimann. Eine «kleine Erfolgsgeschichte», trägt Schafroth vor. Als Kunde bestätigt Eggimann die Qualität der «Wärmeverorgung Frenkenbündten AG», um die es hier geht. Für Nahwärmeverorgung riss das Heim die (altersschwache) Pionier-Holzschneitzelheizung heraus. Sie wurde damals beim ersten Einheizen vom nationalen Fernsehen gross herausgebracht – dank alt Regierungsrat Werner Spitteler, der die Nutzung von Holzenergie gross angekurbelt hat, was bis heute nachwirkt.

Statt vieler Einzelheizungen sorgt ein Blockheizkraftwerk, gefertigt im Waldenburger Tal von der 30-jährigen Pionier-Firma Dimag Energie AG, für «Totalenergie», wie es früher hiess. Diese Komfortoffensive der EBL ist das Nahwärmeprogramm, die den Haushalten die Bewirtschaftung der Einzelheizung abnimmt. Dies entspricht zudem dem Prinzip der «Sustainability» (Nachhaltigkeit) – ein Trendprodukt.

Die «Harry Potters»  
der Energie?

Vier Tage vor dem Tête-a-Tête im Öko-Komfort umsorgten «Frenkenbündten», am 1. April, froh Heimleiter Ruedi Eggimann noch im Freien und rieb sich die Hände. Mit einer kleinen Feier wurde die grosse Erinnerung an die Volksbewegung gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst inszeniert. Eggimann sorgte für die vegetarischen Bratlinge.

Hätte man ihm vor 25 Jahren einen gemeinsamen Pressehock mit der EBL prophezeit, vermutlich hätte er einen für verrückt erklärt – umgekehrt genauso. Das Atom spaltete die Gesellschaft. Was ist passiert? Sind Eggimann und Schafroth die Harry Potters der Energie?

Keine Magie führte beide zusammen, sondern Lernprozesse. Bei «Weissem» und energiereichen Appetithäppchen sagte Eggimann: «Herr Schafroth, was Sie heute machen, ist das, was wir jahrelang gefordert haben». «Tja», entgegnete Peter Schafroth, ein pffiffig wirkender Typ, «die Fronten waren verhärtet. Wir hatten uns einst auf das Atomkraftwerk festgelegt und haben mittlerweile neue Lösungen gesucht.»

«Kaiseraugst» – Sündenbock  
der Chemie?

Die Frage nach Elektrizitätserzeugung und Naturwirkung ist im Kern die, die im Streit um «Kaiseraugst» im Hintergrund stand. Man könnte sagen, die Energiefrage ist die Atomfrage und damit die Umweltfrage. Eine andere, psychologische Variante bot der Basellbieter Hans Fuchs und Atelkraftwerksverantwortlicher kürzlich am «Euroforum» an: «Kaiseraugst war der Bock für die Sünden der Chemie ...»

Energiepolitik also als Psychospielchen? Wohl doch mehr: Baselland «wurde im Gefühl geboren, dass ihm die Zukunft gehöre», sagte 1975 der Schriftsteller Adolf Muschg. So verankerte man als erster «eingedenk seiner Verantwortung vor Gott für Mensch,



**PIONIER.** Wer nach Stromqualität fragt, fragt nach der Erzeugungsart, die sehr unterschiedlich naturbelastend ist. Die Baselbieter wehrten sich gegen «Kaiseraugst» – und damit gegen Atomstrom. BILD bz-ARCHIV

Gemeinschaft und Umwelt» die Natur in der kantonalen Verfassung; formuliert von alt Ständerat und Verfassungsrechtler René Rhinow, dem Erfinder des Öko-Liberalismus. Neben dem Naturschutz sieht die Verfassung eine Abwehr gegen Atomenergie vor – aufgrund der Erfahrungen mit «Kaiseraugst». Auf diesem Hintergrund wirkt die Fernstromversorgung des Kantons mit viel Atomstrom (vgl. bz vom Montag) umso merkwürdiger.

Dennoch: das Baselbiet ist voll neuer Energie. Es setzte 1979 mit dem ersten Energiegesetz, das in den 80er Jahren um «Elektrizitätsparagrafen» erweitert wurde, einen helvetischen Meilenstein. Das Jubiläum wurde übergangen. Ein öffentliches Kurzgedenken holte alt Regierungsrat Hans Fünfschilling am 10. Februar in Basel nach. Er erinnerte daran, dass der Energieverbrauch einer gemeinwirtschaftlichen Vorsorge zu unterziehen sei. Fünfschilling: «Wir im Baselbiet haben den Menschen zu fühlen gegeben, dass Energieverbrauch und Verhalten zusammenhängen. Die Geschichte hat unserem Schritt und dem Energiegesetz Recht gegeben. Energie braucht Gesetze.»

So gesehen bereitet der Euro-Strommarkt einem «Umwelt-verfassten» Staatswesen Probleme. «Billigstrom» ist zumeist Öko-Dumpingstrom. Weder die Kosten für die fossile Energieversorgung («Treibhaus-Effekt») noch für die nuklearen Altlasten sind versicherbar oder gedeckt: «Uns rührt an, ob französischer Atomstrom oder Kohlestrom aus Osteuropa die Umwelt belastet», bekräftigte der Basler SP-Nationalrat Ruedi Rechsteiner. Basels Regierungsrätin Barbara Schneider bekundete: «Wir wollen

Strom, der ohne Öko-Dumping auskommt.» Und Ruth Gisi, Solothurner Regierungsrätin, sagte: «Wir sollten unsere Umwelt-Energie-Vorstellungen nicht auf Kosten der Biosphäre w anders lösen.»

Solarenergie:  
Viel Geld, viel Prestige

Ökodumping ist für ein sozial- und «natur-verfasstes» Staatswesen so moralisch wie Handel mit Waren, die von Kinderhand gefertigt wurden. In der Atomfrage haben sich in den vergangenen dreissig Jahren Tausende von Basellbietern, die sich in Bürger-Initiativen sammelten, ehrenamtlich und politisch engagiert, wie Ruedi Eggimann zum Beispiel. Kräfte wie alt Ständerat Werner Jauslin suchten ferner mit Eigenleistungen den Beweis für ein ökologisch-ökonomisches Wirtschaften zu erbringen. Oder beispielsweise auch die «Aerni»-Fensterfabrik mit ihrer Solar-Energieproduktion in Arisdorf oder die Ettinger «www.gugger-sunne.ch»!

Für die solare Symbolkraft wurde wahrscheinlich soviel privates Geld wie noch nie für ein Naturprogramm investiert, was ihre hohe Wahrnehmung erklärt. Viele werfen ihr persönliches Prestige für die Stromqualitätsfrage in die Waagschale – wie Basels Gewerbedirektor Christoph Eymann: «Deutschland, die USA, Japan, sie investieren gemeinschaftlich in die neuen Energien. Wollen wir Schweizer auf unseren umwelttechnischen Vorsprung verzichten, nur um ein paar Rappen zu sparen?»

Seit 1994 erweiterte die EBL ihr Spektrum um die naturintegrierte Energieversorgungs-Idee wie Nahwärme, keine börsentaugliche Idee: «Wir

könnten es vergessen, wenn wir 15 oder 18 Prozent Rendite bringen müssten wie an der Börse», weiss Peter Schafroth. Doch die geringere Rendite ist angesichts der Anti-AKW-Geschichte ein logischer Preis: Öko-Dumping wäre der Kurzschluss für den Strommarkt im «Umwelt-verfassenen» Kanton Baselland.

In der bz-Serie bisher erschienen: «Stom-Elefanten und Elektra-Mäuse» (31. Juli), «Überleben 300–500 oder nur 30–50?» (2. August).

Alternativen

Die Elektra Birseck-Münchenstein (EBM) wird für etwa gegen fünf Millionen Franken im Herbst ihre erste Brennstoffzelle installieren. In Birsfelden und Basel befinden sich bereits EINIGE im Probetrieb. Brennstoffzellen sind im Prinzip gasbetriebene Batterien – ihnen wird eine grosse Zukunft eingeräumt.

Auch der Stirling-Motor des Ökozentrums Langenbruck ist eine hochinteressante Entwicklung, da er sprichwörtlich mit heisser Luft auskommt. Dezentrale Kraftquellen waren die letzten dreissig Jahrzehnte die Domäne von Klein(st)en und Mittleren Unternehmen (KMU), die von der elektrotechnischen Industrie belächelt – und aktiv behindert – wurden. Heute kupfern ABB und Siemens die Ideen ab und werben mit Blockheizkraftwerk und Windenergieprogrammen! (gus)

GEMEINDE-KÖPFE



**ERNST DILL**  
Gemeindepresident  
von Lausener

## Klarer Gegner von Fusionen

**LAUSEN.** Ernst Dill, der Lausener Gemeindepresident, setzt sich vehement gegen «überregionale Globalisierungsgelüste» zur Wehr. Damit spricht er sowohl die von der Gebäudeversicherung verordnete Fusionierung von Feuerwehren wie die vom Amt für Bevölkerungsschutz geförderte Zusammenlegung von örtlichen Zivilschutzorganisationen an.

Feuerwehr und Zivilschutz sollen nach Dills Meinung Gemeinde-intern zusammenarbeiten, um Synergien zu nutzen und im Notfall mit vereinten Kräften eingreifen zu können. «Was bringen uns regionale Feuerwehren, wenn bei einem Hochwasser wieder einmal Dutzende von Kellern unter Wasser stehen», fragt er.

### Beim «Eidgenössischen» wird in Lausener Halle geturnt

Lausener steht einmal mehr vor der Realisierung grosser Werke. Vor kurzem wurde für den Bau einer Dreifach-Mehrzweckhalle der erste Spaten in die Erde gestochen. Die Halle, die rund neun Millionen Franken kosten wird, soll im Jahr 2002 für das grosse Turnfest zur Verfügung stehen.

Zurzeit läuft der Verkehr in Lausener nicht eben flüssig. Die Hauptstrasse wird von Fassade zu Fassade saniert. Mindestens bis zum Jahresende 2001 werden die Arbeiten dauern, erklärt Dill. Neben der Korrektur der Strassenführung und der Erneuerung des Belages sollen auch gleich die gemeinde-eigenen Werke instand gestellt werden.

Vor zwei Jahren hat Lausener eine Zonenplanrevision in die Wege geleitet. Unter anderem hat die Erschliessung von Wohn- und Industriezonen auf gemeinsamen Wegen zu unliebsamen Auseinandersetzungen geführt. Im ersten Schritt seien eine Bestandaufnahme und eine Problemanalyse angesagt, erklärt Dill. Ziele müssten formuliert und mit kantonalen Interessen abgestimmt werden. Ziel sei nicht nur, die heutigen Auflagen und Konflikte zu lösen, sondern in die Zukunft zu blicken und Leitplanken zu setzen.

### Vom Verkehr überrollt – Klagen aus Quartier

Ein Kernpunkt der Zonenplanrevision wird das Langmatthquartier betreffen: Seit der Schliessung des SBB-Übergangs beim Bahnhof rollt der Zubringerverkehr von Ramlingen, der Verkehr zum Itinger Gewerbegebiet wie auch der Schwerverkehr der Lausener Industrie über die Überführungsbrücke. Die Anwohner des Quartiers beklagen sich über die hohe Zahl der Schwertransporte. Dills Feststellung, die Strassenüberführung sei nur wenige Jahre nach dem Inkrafttreten des Raumplanungsgesetzes gebaut worden, trifft zu. Doch hat inzwischen der Schwerverkehr in einem Mass zugenommen, das nicht voraussehbar war.

Wie auch immer: Die Probleme, die der Präsident in den nächsten Jahren mit seinen Kollegen im Gemeinderat zu lösen haben wird, werden ihm nicht ausgehen. Für die Freizeit und die Pflege von Hobbys bleibt nur wenig Zeit. Eine Wanderung ab und zu – und das eine und andere Mal ein Besuch bei der Männerriege –, das sei ungefähr alles.

Der eidgenössisch diplomierte Elektroinstallateur arbeitet bei der Helvetia-Patria in Basel. Innerhalb der Versicherungsgruppe ist er für die Raumplanungslogistik zuständig. Dill wohnt zusammen mit seiner Familie in einem schönen Einfamilienhaus an der «Lausener Goldküste». (ruf)

## Rodung für Mergel-Abbau genehmigt

**WALDENBURG.** Die Bürgergemeinde Waldenburg plant, in der Grube «Hintere Egg» zwischen der Waldweide und dem Wasserfallenhof Mergel abzubauen. Die entsprechende Bewilligung durch die kantonale Baudirektion liegt schon seit 1979 vor. Die Volkswirtschafts- und Sanitätsdi-

rektion hat nun – befristet auf Ende 2005 – auch die Bewilligung zur vorübergehenden Rodung von 4800 Quadratmeter Waldareal erteilt. Die Wiederaufforstung hat einerseits mit Pionierbaumarten und Waldsträuchern auf einer Fläche von 900 Quadratmetern zu erfolgen, andererseits durch

natürliche Wiederbewaldung auf der restlichen Fläche. Die Aufforstung muss bis im Jahre 2012 erfolgen. Als Ersatz während der Abbauphase wird die ursprünglich für die Ersatzaufforstung vorgesehene Parzelle auf der Sennhöhe im Gemeindebann von Oberdorf ökologisch aufgewertet. (bz)

## Subventionsvertrag

**DIEPFINGEN.** Der Gemeinderat hat dem Leistungsvertrag mit der Institution «Tagesfamilien Oberes Baselbiet» zugestimmt. Die Gemeinde leistet eine Unterstützungszahlung von 80 Rappen pro Einwohner und Jahr. Zudem trägt sie die aus der Betreuung von in Diepfingen wohnhaften Kindern anfallenden Defizite. (bz)

# Energie und Strom steuern

VOM STROMKARTELL ZUM KONZERNSTROM (IV) / Privatisierung, Liberalisierung, Globalisierung – beim Strommarkt bewegt sich alles. Was Staat und Wirtschaft bewegen, ist dagegen leicht überblickbar.

VON MARC GUSEWSKI

**LIESTAL.** «Der Elektrizitätsmarkt steht vor fundamentalen Veränderungen», sagt Elektra-Birseck-Münchenstein-Direktor Hans Büttiker. Ob Basel, Zürich, Berlin, London oder Los Angeles – die Stellungnahmen gleichen sich.

Ein neues Elektrizitäts-Millennium beginnt. Vorbei ist die Phase der Grundelektrifizierung während der verflochtenen 150 Jahre, die ihren Höhepunkt in den 60ern und 70ern hatte. Der «Atomkonflikt» und der «Strommarkt» bedeuten eine Wende in der Elektrizitätswirtschaft. Die «Liberalisierung» markiert die neue Ära, und damit einher geht auch die «Globalisierung» der Branche, dem Wirtschaftstrend der Zeit folgend.

### Schrittweise Öffnung des Marktes in der Schweiz

«Was passiert eigentlich?», fragen sich immer mehr Genossenschaftler der Elektras, die trotz mehrjähriger Diskussion mehr verwirrt als aufgeklärt erscheinen. Teils rührt das von oberflächlichem Interesse, teils, weil es tatsächlich ein vertieftes Wissen voraussetzt, um die Vorgänge zu verstehen. Ein Desinteresse in der breiten Bevölkerung zeigte sich zuletzt auch an einer Abstimmung in Zürich, an der die Umwandlung des Stadtwerks zur Aktiengesellschaft beschlossen werden sollte (was nicht genehmigt wurde). In Winterthur ist es gegenwärtig ein Thema, in Basel bleibt die Umwandlung diffus. Dagegen realisierte der Kanton Aargau diesen Schritt.

Was also passiert? Der Elektrizitätsmarkt wird liberalisiert. Das heisst, Strom wird ein Produkt wie jedes andere – der freie Zugang des Kunden zum x-beliebigen Lieferanten muss geschaffen werden. Das «Wie» erklärt das schweizerische Elektrizitätsmarktgesetz (EMG), das der Nationalrat im Mai bewilligte und das nun vom Ständerat diskutiert werden muss. Entscheidend am freien Elektrizitätsmarkt ist, dass das Monopol von Leitungsnetz und Produktion aufgetrennt wird (sogenanntes «Unbundling»). Ein wichtiger Schritt, um Querfinanzierungen zwischen Netz und Produktion zu verhindern und damit Strom «diskriminierungsfrei» von A nach B kommt.

Im Gegensatz zu Deutschland soll der Schweizer Strommarkt in drei Schritten geöffnet werden und nicht Knall auf Fall. Dies, um Investitionen zu schützen (die sogenannten «NAI» = nicht amortisierbare Investitionen, gemeint sind vorrangig Grosswasserkraft und Atomkraftwerke), die unter ganz anderen Vorzeichen getätigt wurden: für eine lange Zeitdauer in der Monopolwirtschaft mit garantierten Preisen.

### Der Staat zieht sich zurück – Werke planen Allianzen

Wesentlich ist ausserdem, dass sich die bisher durch das Monopol geschützten Elektrizitätswerke dem Wettbewerb ausgesetzt sehen, wo man früher freundlich miteinander verkehrte – oder sogar vom «Stromkartell» reden konnte. Im Wettbewerb scheint bei Strom nun Grösse zu zählen. Von daher ist die Allianzfähigkeit von Elektrizitätswerken gefragt, die nur durch Aktienhandel hergestellt werden kann. Daher die Umwandlung von Stadtwerken usw. zur Aktiengesellschaft.

Ein weiterer Trend ist, dass sich der Staat aus der Wirtschaft generell zurückzieht (siehe Post, Telefon), also seine Anteile an ehemals staatlichen Unternehmen verkauft. Die schweize-



**GLOBALISIERUNG.** Via Augst-Wyhlen und Rheinfelden schaltete das Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) deutsche Kohle- und Wasserkraftwerke der Schweiz vor 70 Jahren erstmals parallel. Heute ist die RWE der zweitgrösste europäische «Stromer». Im Bild: Zentrale in Essen (C RWE Energie AG). FOTO ZVG

rische Stromwirtschaft ist zu 75 Prozent in öffentlicher Hand, hier passiert also noch einiges. Die Baselbieter Elektras sind private Genossenschaften. Beide könnten in Aktiengesellschaften umgewandelt werden – EBL und EBM liessen dies bereits abklären und das Prozedere wäre bekannt und machbar, aber bis anhin kein Thema.

Zur «Elektrizitätsmarkt-Liberalisierung», der Öffnung der Märkte und der Privatisierung staatlicher Unternehmen, tritt zudem die Frage des künftigen Verhältnisses von Gesellschaft und Elektrizitätswirtschaft: Welche Elektrizitätswirtschaft will die Schweiz? Gibt es Möglichkeiten für Baselbieter Eigenheiten in Zukunft? Welche staatlichen Regeln gelten?

### Geringer Einfluss des Kantons Baselland auf Energiepolitik

Die neuen Spielregeln für den neuen Markt lauten nach der Nationalratsdebatte: Die Schweizer Wasserkraft und Kleinkraftwerke sollen bei gleichen Chancen dem Markt erhalten bleiben. Über Mindestpreise und «Förderabgaben», zahlbar von Staat und Netzbetreiber, soll dies gewährleistet werden. Mindestpreise beziehungsweise «Rücklieferartef» bestehen schon heute. Sie kennzeichneten insbesondere die Novellierung des Baselbieter Energiegesetzes von 1979. Der Passus wurde ins Schweizer Energiegesetz übertragen.

Darüber hinaus herrscht eine gewisse Verwirrung, was denn der Strommarkt mit den Energie-Abstimmungen im Herbst zu tun hat. Antwort: nichts – eigentlich. «Eigentlich», da die wasserkraftbesitzenden Bergkantone und die Allianz von Öko-Lenkungsabgabe-Befürwortern im Nationalrat einen simplen Trick angewandt hatten, manche bezeichneten es als einen «Erpressungsversuch»: Die Entschädigung der «NAI» soll über die sogenannte Förderabgabe geregelt werden.

Im wesentlichen soll sie der Schweiz damit helfen, erneuerbare

(Wasserkraft) und «neue» erneuerbare Energien (Solar, Holz) zu fördern. Der Zusammenhang zum Elektrizitätsmarktgesetz wurde erst später hergestellt.

Während die «Förderabgabe» direkt in den Elektrizitätsmarkt spielt, unterwirft die «Grundnorm» generell die Energie einer Abgabe, um deren Umweltauswirkungen in den Griff zu kriegen. Die «Solar-Initiative» will schweizweit die Solarenergie fördern. Die «Förderabgabe» ist der Gegenvorschlag von Parlament und Bundesrat (hierzu wird man erstmals auch die Frage nach dem Stichtagsdatum auf dem Abstimmungszettel anwenden müssen – beides geht nicht).

So gesehen, findet eine wesentliche Verlagerung der Energiepolitik statt: zum einen zu den Unternehmen (die den Spielraum für den Markt brauchen) und zum Bund (der mög-

lichst einheitliche Regelungen für die Schweiz will).

### Im Baselbiet sind zwei Initiativen hängig

Dennoch bleiben den Kantonen einige Möglichkeiten für eine eigene Energiepolitik. Im Baselbiet sind zum Beispiel die «Faktor-4»-Initiative und eine «Solar-Initiative» hängig. Sie zielen auf Fördermassnahmen und auf Anreizsysteme der öffentlichen Hand für die Produktion von «sauberm» Strom. Der Strompreis dagegen wird mit der Liberalisierung unwiederbringlich künftig von den globalen Märkten festgelegt werden.

In der bz-Serie bisher erschienen: «Stom-Elfenanten und Elektra-Mäuse» (31. Juli), «Überleben 300–500 oder nur 30–50?» (2. August), «Volt Ihr nur Watt oder Qualität?» (3. August).

## Die teuerste Kilowattstunde der Welt

Hier stimmt die Elektrochemie: Als ein führendes «Power House» gilt die Renata AG in Itingen – für Strom, der unterwegs ist; Batterien und Akkumulatoren. «Echte Power Packages sind das», sagt Unternehmensgründer Kurt Zehntner, wenn er seine neuste Errungenschaft vorstellt: wiederaufladbare Lithium-Ion-Batterien. Denn erst Mini-Stromquellen machen das «Handy» zum «Handy» – «das Verhältnis von Gewicht, Preis und Sprechdauer muss stimmen», analysierte Renata-Projekt-Manager Wolfgang Haupt. Dazu trug das Renata-Team neueste Fertigungstechniken aus dem «Swatch»-Konzern zusammen und startete dieser Zeit mit der Handy-Akku-Fertigungslinie ihr neues Programm.

In ihrem Segment zählt die Renata zu den führenden Unternehmen. 1952 begann sie mit mechanischen Uhrenbestandteilen. Am Boom der japanischen Quarzuhren in den

70ern erkannte Kurt Zehntner den Bedarf nach Mini-Batterien. Heute produziert die Renata täglich eine Million Knopfzellen für Uhren, Kameras, Taschenrechner, Hörgeräte und «Power Modules» für Computer. Strom aus einer Standard-Knopfzelle hat aber seinen Preis: Eine Kilowattstunde, zusammengerechnet, kostet zum Beispiel rund 5000 Franken. Beim Elektrizitätswerk gibts diese Energiemenge im Schnitt für 22–26 Rappen, aber eben, vom Netz. Indessen: Mit einer Kilowattstunde aus super kleinen Knopfzellen, wofür es in diesem Fall plus/minus 840 Stück braucht, läuft eine «Swatch», je nachdem, mindestens 1500 bis 2500 Jahre – einem Tumbler genügt eine Kilowattstunde höchstens für einen Drittel eines Trocknungsvorganges. Müsste daher ein Tumbler mit Knopfzellen betrieben werden, würde das pro Mal 15 000 – 17 000 Franken kosten... (gus)

# «Wir brauchen Markt und Umweltschutz»

**STROMMARKT (V) / SP-Landrat Eric Nussbaumer fordert «ökologische Leitplanken» im liberalisierten Strommarkt.**

VON MARC GUSEWSKI

**bz:** Vom Monopol zum Markt – der Strommarkt soll neu geordnet werden. Was ist aus Ihrer Sicht nötig?

**ERIC NUSSBAUMER:** Weder Markt noch Wettbewerb sind Naturgesetze. Deshalb sind Markt und Wettbewerb so auszugestalten, dass es im Ganzen Sinn macht. Ich bin dafür, dass man den Strom in einem Konstrukt von Wettbewerbsmarkt verselbständigt. Dabei gilt es, gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrzunehmen, die auch die Umwelt einschliesst.

**Was heisst das, die Umwelt einzuschliessen?**

Es gibt nur wenige, die heute noch nicht kapiert haben, dass Energieeinsatz mit Umweltfolgen zu tun hat. Beim Energieeinsatz geht es folglich auch um die Frage nach erneuerbaren Energien und um vorsorglichen Umweltschutz. Dies ist besser und billiger, als nachher die Umwelt zu reparieren. Deshalb muss der vorsorgende Umweltschutz beim Elektrizitätsmarkt integriert werden, denn der Billigste ist nicht unbedingt der Wünschenswerteste.

**Was kennzeichnet denn einen Strommarkt mit integriertem, vorsorgendem Umweltschutz?**

Die Europäische Union wollte die Strommarkt-Liberalisierung in ihrem Binnenmarkt, weil sie Effizienzgewinn und Wohlstandssteigerung, Wirtschaftswachstum und so weiter, wünschte. Dazu gehörte auch eine Regelung über den Umweltschutz und die Effizienz. Mit der Binnenmarkt-Richtlinie wurden den nationalen Gesetzgebern gleichzeitig Möglichkeiten geschaffen, nach ihren Vorstellungen Vorrang für erneuerbare Energien und/oder für Wärmekraftkopplung einzuräumen. Wir sehen, der Strommarkt sollte von Anfang an mit ökologischen Komponenten ausgestattet werden wie zum Beispiel in Deutschland, Dänemark oder Holland.

**Die Brüsseler Kommission lancierte bereits eine Richtlinie für Strom aus erneuerbaren Energien. Was halten Sie davon?**

Kürzlich hat die EU sogar «Weissbücher» herausgegeben und Entwicklungspläne für die erneuerbaren Energien vorgeschlagen. Wie der Wettbewerbsmarkt am besten mit Öko-Aspekten gestaltet wird, da laufen die Diskussionen über Quotenmodelle und Mindestpreisregelungen. Für Letzteres entschied sich zum Beispiel Deutschland. Mindestpreise heisst



**IDEALISTEN.** Eric Nussbaumer will dafür sorgen, dass nicht nur einige wenige Idealisten im liberalisierten Euro-Strommarkt dafür sorgen, dass weiterhin Strom aus Wind, Wasser oder Sonne erzeugt wird. FOTO DÜRRENBARGER

zum Beispiel eine generelle Vergütung von 99 Pfennig pro Kilowattstunde für Solarstrom und 17,8 Pfennig für Windstrom. Wenn wir in der Schweiz den

**preisregelungen und Quoten, da dies zu Wettbewerbsverzerrungen führte – ein Widerspruch?**

Wenn wir über Öko-Lenkungsabgaben und Mindestpreise reden, dann kommen immer die Klagen: das kilt Arbeitsplätze, das exportiert Arbeitsplätze, gefährdet den Standort und so weiter... Wiederkehrend soll damit das Nein zu lenkenden Instrumenten auf dem Energiepreis abgewehrt werden. Diese Argumentation ist fehlerhaft.

nicht von ein paar wenigen Idealisten dafür gesorgt wird, dass sauberer Wasserkraftstrom und anderer sauberer Strom im liberalisierten Euro-Strom-

**«Wenn wir Gesundheit und Umwelt für wesentlich halten, müssen wir uns etwas einfallen lassen.»**

Strommarkt liberalisieren, dann sollten wir uns über die ökologischen Leitplanken ebenfalls unsere Gedanken machen.

**Seitens der Elektrizitätswirtschaft gibt es Widerstand gegen Mindest-**

Richtigerweise ist es so, dass wir den Elektrizitätsmarkt neu ordnen und diese Neuordnung versehen wir notwendigerweise mit ökologischen Auflagen. Übrigens müssen wir deshalb auch die «Förderabgabe» durchbringen, weil damit eben gesamtgesellschaftlich und

**«Vorsorglicher Umweltschutz ist besser und billiger, als nachher die Umwelt zu reparieren.»**

markt bestehen bleiben kann.

**Erst Umweltgesetzlichkeit und Strommarkt-Liberalisierung ergeben die richtige Mischung?**

Der Wunsch nach Tiefstpreisen ist nur eine Position innerhalb der Bestrebun-

gen, Wettbewerb zu gestalten. Wie die Umwelt da reinspielt, lässt sich konkret regeln. Wir brauchen eben beides im neuen Elektrizitätsmarkt, Öko-Leitplanken und Wettbewerbsverhältnisse, die für faire Verhältnisse auf diesem Markt sorgen statt Monopolwirtschaft.

**Was heisst das?**

Wir dürfen nicht vergessen, dass wir mit dem Monopol einige Probleme hatten. Da konnte der Monopolist machen, was er wollte, zum Beispiel die Elektra Baselland. Die konnte sagen, wir wollen an der Ergolz ein Kraftwerk bauen. Sie nahm in Kauf, dass das Kraftwerk für 22 Rappen die Kilowattstunde erzeugt. Dafür ist sie sogar vors Gericht gegangen. Trotzdem hatte sie gleichzeitig die Macht, denjenigen 22 Rappen Vergütung zu verweigern, die gleich nebenan mit der Solarzellenanlage «Fraumatt» in Liestal Solarstrom erzeugen – und selbst heute noch von 22 Rappen träumen. Gegen solche Zustände brauchen wir den Markt.

**Gerade an der Verkäuflichkeit von aufwändigerem Öko-Strom wird gezweifelt. Soll er künstlich am Leben erhalten werden?**

Das kommt darauf an, wie man es sieht: Wenn uns die Aspekte Gesundheit und Umwelt bei der Stromerzeugung – ob mit Kohle oder Atomkraftwerken – egal sind, dann ist auch das Engagement für Solarstrom egal. Wenn wir aber Gesundheit und Umwelt für wesentlich halten, müssen wir uns etwas einfallen lassen. Dies spiegeln die Debatten über die Lenkungsabgabe wider. Ansonsten könnten wir die Umweltfrage ja aufgeben und zum Beispiel auf Katalysatoren verzichten, die Autos würden zweifellos billiger, der Verzicht auf bleifreies Benzin und auf irgendwelche Lärmschutzmassnahmen würde viel Geld sparen.

**Also zurück zum «Kasino-Kapitalismus»?**

So gesehen ist die Frage der Regelung des Ökostromes unbedingt auch eine Frage der gesellschaftlichen Verantwortung und nicht Nebensache. Ähnliche Debatten hatten wir ja auch beim Kehrachtsack. Das war genau die gleiche Debatte wie bei den Lenkungsabgaben. Keine Familie musste verlumpen oder auf ihre Tasse Kaffee verzichten, weil wir die Abfallkosten lenkend eingesetzt haben.

*In der bz sind zum Thema Strommarkt-Liberalisierung folgende Artikel erschienen: «Strom-Elefanten und Elektra-Mäuse» (31. Juli), «Überleben 300–500 oder nur 30–50?» (2. August), «Volt Ihr nur Watt oder Qualität?» (3. August) und «Energie und Strom steuern» (4. August).*

## «Strategien statt warme Worte»

**SPANNUNGSLOS / Im Kanton Baselland werde eine zu wenig aktive Energiepolitik betrieben, kritisiert Eric Nussbaumer. Er wünscht sich «Aktionspläne» und «Handlungsstrategien», damit der «saubere» Strom gefördert werden kann.**

**bz:** Weshalb soll der Kanton auf den billigsten Strom verzichten und radioaktivitätsfrei produzierten einkaufen, wie Sie es im Landrat vorschlagen?

**ERIC NUSSBAUMER:** Der Kanton hat eine Verfassung, da heisst es, er soll sich gegen Atomstandorte einsetzen. Das hat man auch gemacht. Aber wir müssen diesen Verfassungsartikel auch im aktuellen Umfeld leben. Das wird in der Strommarktliberalisierung zur Folge haben, dass der Kanton sich erstmals nicht nur gegen Standorte, sondern generell gegen Atomstrom wenden kann. Das konnte er in der Monopolsituation nicht. Ausserdem könnte er ein schweizweites Elektrizitätspolitisches Signal abgeben. So, wie es die Credit Suisse Group gemacht hat, die sich ja zu sechzig Prozent Wasserkraftstrom beglaubigen liess und dies plakativ bekanntmachte.

**Also könnte der Kanton in die Elektrizitätsmarkt-Diskussion einsteigen?** Mit 35 Gigawattstunden gehört der Kanton zu den grossen Strombezü-

gern in der Region mit entsprechender Nachfragemacht. Ich fordere ja nicht, dass sofort gehandelt wird, sondern der Kanton soll sich das mal überlegen, wie die Baselbieter Elektrizitätspolitische Verfassungsnorm am geschicktesten gelebt wird. Der Kanton Bern hat über die Auswirkungen der

**«Der Kanton hat eine Verfassung, da heisst es, er soll sich gegen Atomstandorte einsetzen.»**

Strommarktliberalisierung ein dickes Buch anfertigen lassen – in unserem Kanton wird es schwierig sein, dazu überhaupt ein beschriebenes A4-Blatt zu finden...

**Haben sich Landrat und Regierungsrat bis heute nichts überlegt, wie die Baselbieter Gesetzesziele im Strommarkt gelebt werden sollen? Mit den Elektra-Genossenschaften kann ja**

**nicht mehr unbedingt gerechnet werden: Ein ehemaliger EBM-Vizedirektor und heutiger Chef der Elektrizitätswerke Zürich sagte kürzlich, nur die kleinen Werke und die mit mehr als einer Million Kunden überleben. Wie sehen Sie das?**

Dazu habe ich zuwenig Hintergrundwissen, um diese Aussage bewerten zu können. Vielleicht sollten sich die Kantonsbehörden dazu wirklich einmal Gedanken machen. So, wie der Kanton energiepolitisch gerüstet ist, scheint er kaum genügend reflektiert zu haben, um den Elektrizitätswirtschaftlichen Herausforderungen vorausschauend zu begegnen. Zuletzt hätte er sich sogar in die Diskussion der Wasserkraft in der Schweiz einschalten können, da der Kanton ja an den Kraftwerken Augst und Birsfelden Anteile hält – aber zur Förderabgabe sagt er beispielsweise nichts.

**Könnte der Kanton in weiteren Bereichen tätig werden?** Zum Beispiel im Bereiche Biomasse, Gülle – da macht er nichts. Dabei ist

das gegenwärtig eines der wichtigsten Energie-Themen in Europa überhaupt. Mit einem Standardprogramm könnte der Kanton helfen, dass die Bauern sinnvoll Energie aus Gülle gewinnen. Oder die Solarstrombörse, die die Zürcher vor fünf Jahren einführten und die Basler ins Gesetz aufnahmen – im Baselbiet ist bei diesen Themen «tote Hose». Mit den Elektras im Kanton haben wir es nicht hinbekommen, mehr als eine Feigenblattversion zu verwirklichen.

**Was ist mit den Kantonalen Volksbegehren von 1997, «Faktor 4» und «Solar-Initiative»?**

Bis heute haben wir nicht einmal Gelegenheit erhalten, unsere Vorstellungen auf der Umweltschutzdirektion direkt zu präsentieren. Regierungsrätin Elsbeth Schneider redet seit drei Jahren über Nachhaltigkeitspolitik, geschehen ist noch nichts. Was wird sie machen? Irgendeinen Gesprächskreis einsetzen. In Liestal bräuchte es nach «Rio» und «Kyoto» nicht noch mehr Gesprächskreise und warme Worte, sondern Aktionspläne und Handlungsstrategien! (gus)

### PERSÖNLICH

Obwohl erst seit zwei Jahren Landrat und seit letztem Jahr zusätzlich Präsident der SP Baselland, steht Eric Nussbaumer (Frenkendorf) schon länger im Rampenlicht der Baselbieter Öffentlichkeit. Seine politischen Interessen gelten vorrangig der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Obwohl nicht unbedingt der energiepolitische Sprecher der SP Baselland, geniessen seine energiewirtschaftlichen Ausführungen Beachtung. Als Geschäftsführer der ADEV Energiegenossenschaft kennt er seit 1988 die steten Kontroversen über Elektrizitäts- und Energiepolitik. Die letzte grosse Auseinandersetzung wurde über die Mindesthöhe von dezentral erzeugtem Strom ausgefochten. Das Baselbieter Rückliefermodell machte letztlich Schule und wurde im Eidgenössischen Energiegesetz berücksichtigt. Die Diskussion um eine ökologisch-ökonomische Marktwirtschaft hat Eric Nussbaumer schon zahllose Stunden gekostet – und wird es weiterhin. (gus)